

P 008**DGB-Bezirksvorstand Bayern**

Beschluss des DGB-Bundeskongresses

Zeile 1 - 18 und 28 - 50

Angenommen

Zeile 19 - 27

Angenommen als Material an den Bundesvorstand

Pflegezeitgesetz weiterentwickeln

Der DGB-Bundeskongress möge beschließen:

Der DGB-Bundesvorstand wird aufgefordert, sich beim Bundesgesetzgeber für eine Weiterentwicklung des aktuellen Pflegezeitgesetzes einzusetzen. Insbesondere soll auf folgende Änderungen hingewirkt werden:

- **Bezahlung der kurzfristigen Freistellung:** Das Pflegezeitgesetz sieht eine kurzzeitige, unbezahlte Freistellung für bis zu 10 Arbeitstage vor, verweist aber auf betriebliche Vereinbarungen und andere gesetzliche Vorschriften, besonders §616 BGB. Laut Urteilen zum §616 BGB ist eine bezahlte Freistellung bis 5 Tage möglich, falls keine einschlägigen tariflichen oder arbeitsvertraglichen Regelungen bestehen. Hier ist auf den Gesetzgeber einzuwirken, dass eine generelle bezahlte Freistellung für 10 Tage im Gesetz geregelt wird. Darüber hinaus soll der DGB auf eine Bezahlung dieser kurzfristigen Freistellung analog des bestehenden Kinderpflege-Krankengeldes hinwirken – in diesem Fall würden Leistungen aus der Pflegeversicherung gezahlt.
- **Bezahlung der bis zu 6-monatigen Pflegezeit:** Das Pflegezeitgesetz sieht eine bis zu 6-monatige, unbezahlte Pflegezeit vor. Um eine finanzielle Absicherung des Pflegenden während der Freistellungsphase zu gewährleisten und die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege zu fördern, soll der DGB auf eine bezahlte Pflegezeit – analog der bezahlten Elternzeit – hinwirken. Leistungen aus der Pflegeversicherung, die dem Pflegenden zugute kommen, sind hier zu berücksichtigen.
- **Ausweitung des Berechtigtenkreises:** Anspruch auf eine bis zu 6-monatige Pflegezeit haben nur Arbeitnehmer in Betrieben mit mehr als 15 Beschäftigte. Bei der kurzzeitigen Freistellung zur Pflege besteht diese Einschränkung nicht; Anspruch haben hier alle Beschäftigte. Da eine längere Pflegesituation jeden Arbeitnehmer treffen kann unabhängig von der Betriebsgröße, sollte die Beschränkung aufgehoben werden und ggf. dann in kleinen Betrieben der Ankündigungszeitraum von bisher mindestens 10 Tagen verlängert werden, um dem Arbeitgeber ausreichend Zeit für eine Vertretungsregelung zu ermöglichen.
- **Rückkehrrecht an den Arbeitsplatz:** Der Anspruch auf Pflegezeit ist nur mit dem Recht verbunden, nach Inanspruchnahme der Pflegezeit zu denselben Arbeitsbedingungen zurückzukehren wie vor der Pflegezeit. Hier ist auf einen Rückkehranspruch auf denselben Arbeitsplatz hinzuwirken.

Der Rechtsanspruch auf Reduzierung der Arbeitszeit zur Pflege sollte mit einer Rückkehrgarantie auf die vorhergehende Arbeitszeit ausgestattet werden.